



November 2007

## Der 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas – planmäßig weiter auf Kurs

Roland Feicht, Sergio Grassi und Katja Meyer, FES China

- Der einwöchige 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) in Beijing fand seinen Abschluss am 22. Oktober mit der Wahl des neunköpfigen Ständigen Ausschusses im Politbüro. Die bisherige oberste Führung mit Generalsekretär Hu Jintao (64, Staatspräsident) Wu Bangguo (66, Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses), und Wen Jiabao (65, Premierminister) an der Spitze wurde dabei bestätigt. Die überwiegenden Kommentare in China sehen in dem neuen Politbüromitglied und vormaligen Parteisekretär von Shanghai, Xi Jinping, den kommenden Generalsekretär der KPC in 2012.
- Der Parteitag bestätigte den von Generalsekretär Hu Jintao im Jahr 2003 eingeleiteten graduellen Paradigmenwechsel vom quantitativen Wachstumsmodell zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologisch nachhaltigen Entwicklung durch die Aufnahme der von ihm eingeführten Leitmotive des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ und der „harmonischen Gesellschaft“ in die Satzung der Partei. In der Außenpolitik setzt die KPC weiterhin auf ihr Konzept der konsequenten äußeren Absicherung einer stabilen innenpolitischen Entwicklung.

### Der Parteitag – wichtigstes politisches Ereignis auf der chinesischen Agenda

Der alle fünf Jahre stattfindende Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) ist das wichtigste politische Ereignis in China. Auf ihm werden die politischen Leitlinien für das Land festgelegt und die oberste Führung gewählt. Die 17. Parteitag fand vom 15.-21. Oktober 2007 in Beijing statt. Gemäß der Tagesordnung prüften die 2.200 Delegierten im Alter zwischen 23 und 96 Jahren, welche 73,4 Mio. Parteimitglieder vertraten, den Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs sowie den Revidierungsentwurf des Parteistatuts. Der Rechenschaftsbericht von Generalsekretär Hu Jintao, der zugleich auch die künftigen Leitlinien der Politik zur Abstimmung vorlegte, wurde auf dem Parteitag ebenso wie die Änderung der Parteistatuten einstimmig angenommen. Der Parteitag wählte darüber hinaus das neue 350köpfige Zentralkomitee (ZK) und die Zentrale Disziplinarkommission (127 Mitglieder). Das ZK wählte am 21. Oktober während seines ersten Plenums 25 Mitglieder in

das Politbüro, die ihrerseits am 22. Oktober die neun Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros bestimmten. Über ein Jahr lang war der Parteitag nach dem Abschluss einer anderthalbjährigen Schulungskampagne der Parteimitglieder durch landesweite sorgfältige Abstimmung in den Parteigremien vorbereitet worden.

### Die neue Führung der KPC

Fünf Mitglieder des alten Ständigen Ausschusses des Politbüros wurden erneut gewählt: als Generalsekretär der Partei Staatspräsident **Hu Jintao** (Jahrgang 1942), der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses (NVK) **Wu Bangguo** (1941), Premierminister **Wen Jiabao** (1941), der Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz **Jia Qinglin** (1940) und der Chef der Propagandaabteilung der Partei **Li Changchun** (1944). Sie stehen durch ihre enge Zusammenarbeit für die Kontinuität innerhalb der chinesischen Führung.

Darüber hinaus wurden vier neue Mitglieder in das politische Kernzentrum der Macht gewählt: die Liste der „Neuen“ führt **Xi Jinping** (Jahrgang 1953, Chemiker und Jurist mit Dokortitel) an. Er war zuletzt der Parteisekretär von Shanghai. Zuvor hatte er sich als Gouverneur der südöstlichen Provinz Fujian und als Parteisekretär von Shanghais boomender Nachbarprovinz Zhejiang einen Namen gemacht. Durch seine Berufung in den Ständigen Ausschuss wird einerseits die wirtschaftliche Bedeutung Shanghais für das Land unterstrichen. Zum anderen ist dies ein Zugeständnis um die immer noch mächtige Gruppe um den ehemaligen Shanghaier Bürgermeister sowie Staats- und Parteichef Jiang Zemin. An Position sieben folgt **Li Keqiang**, Jahrgang 1955 und damit jüngstes Politbüromitglied, Jurist und Volkswirt mit Dokortitel, Parteisekretär der nordostchinesischen Provinz Liaoning. Wegen langjähriger guter Zusammenarbeit in der Kommunistischen Jugendliga und im All-Chinesischen Jugendverband sind Hu Jintao und Li Keqiang einander eng verbunden. Aufgrund der besseren Positionierung sowie seiner Aufgabenzuweisung, das Tagesgeschäft des ZK der KPC zu verwalten, müsste jedoch traditionell Xi Jinping im Jahr 2012 die Nachfolge von Hu Jintao antreten. Da er nicht eindeutig einer bestimmten Fraktion zuzuordnen ist, werden ihm gute Chancen als Kompromisskandidat in allen Lagern in der Nachfolge von Hu Jintao in 2012 eingeräumt. Li Keqiang hingegen ist laut chinesischen Quellen durch seine Wahl in den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft intern bereits zum Vize-Premier ab 2008 auserkoren und wird sich fortan um die täglichen Geschäfte des Staatsrates kümmern.

Zwei Sicherheitsexperten rückten in den Kreis auf: **He Guoqiang** (Jahrgang 1943) ist Leiter der ZK-Organisationsabteilung und der mächtigen „Zentralkommission für die Disziplininspektion“; **Zhou Yongkang** (Jahrgang 1942) hat als Minister für Öffentliche Sicherheit für umfassende Sicherheitsvorkehrungen beim Parteitag gesorgt. Das Durchschnittsalter des 25köpfigen Politbüros beträgt 61,2 Jahre (vier Jahre jünger als das vorige). Die 61jährige Liu Yandong, stellv. Vorsitzende des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz und promovierte Politologin, ist die einzige Frau. Ein Mitglied des Politbüros gehört

der muslimischen Bevölkerungsgruppe der Hui an.

### **Langjährige inhaltliche Weichenstellungen im Vorfeld des Parteitages**

Der Parteitag bekräftigte den von Hu Jintao im Jahr 2003 eingeleiteten graduellen Paradigmenwechsel vom quantitativen Wachstumsmodell zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologisch nachhaltigen Entwicklung durch die Aufnahme des von ihm eingeführten Leitmotivs des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ in die Satzung der Partei, also in den Kanon der Parteitheorien neben Mao Zedong, Deng Xiaoping und Jiang Zemin.

Konzeptionelle Basis dieses Konzepts bleibt die von Deng Xiaoping postulierte dreistufige Entwicklungstheorie für China. Nach der ersten Stufe der Deckung grundlegender Lebensbedürfnisse der Bevölkerung sollte mit Stufe II bis zum Jahr 2000 das BIP von 1990 verdoppelt und eine „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ im Ansatz geschaffen werden. Der damalige Generalsekretär Jiang Zemin konnte auf dem 16. Parteitag 2002 zumindest im Hinblick auf das BIP Vollzug melden. Gegenwärtig strebt die Partei die von Deng vorgedachte dritte Stufe der Entwicklung bis 2020 mit der Vervierfachung des BIP pro Kopf auf der Basis des Jahres 2000 und dem umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand für alle Teile der Bevölkerung an. Bis 2050 soll der Anschluss an die führenden Industrienationen erreicht sein. Diese ganze Etappe wird in der KPC als Phase des „Anfangsstadiums des Sozialismus“ bewertet, wonach es zunächst die grundlegende Aufgabe sei, die Produktivkräfte zu entwickeln und eine „sozialistische harmonische Gesellschaft“ unter der Führung der KPC aufzubauen. Höchstes Zukunftsideal bleibt die Verwirklichung des Kommunismus, dessen genauere Definition allerdings unterbleibt. Den rasanten wirtschaftlichen Aufstieg in den 90er Jahren hat China vor allem der energischen Reformpolitik im Dengschen Sinne von Jiang Zemin und Zhu Rongji zu verdanken. Doch führte die Überbetonung des quantitativen Wachstums zu wachsenden sozialen Ungleichheiten und zunehmenden regionalen Entwicklungsdisparitäten sowie zu einer enormen Ressourcen- und Energieverschwendung und Besorgnis erregender Umweltzerstörung. In Verbindung mit häufig

mangelnder Rechtssicherheit, staatlicher Willkür und Korruption vor Ort in den Provinzen haben diese Erscheinungen zu steigendem Unmut in der Bevölkerung geführt.

### **„Wissenschaftliches Entwicklungskonzept und harmonische Gesellschaft“**

Bereits im Jahr 2003, also kurz nach der Wahl des jetzigen Führungstrios in die Parteispitze im Herbst 2002, leitete Hu Jintao während der SARS-Krise den graduell konzipierten Paradigmenwechsel zu einem starken, aber sozial und ökologisch nachhaltigen Wachstum ein. Während des 3. Plenums des ZK im Oktober 2003 wurde der dafür verwendete Begriff „wissenschaftliches Entwicklungskonzept“ im ZK der Partei verankert. Im neuen, vom Parteitag verabschiedeten Statut wird das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ als strategische Hauptaufgabe unter den Leitideen von Marxismus, Leninismus, Mao Zedong, Deng Xiaoping und der „Drei Repräsentanten“ – des Konzepts von Jiang Zemin, das die Formel für den Herrschaftsanspruch der KPC – bezeichnet. Die auf dem 4. Plenum des ZK im Jahr 2004 verwendete Formel „sozialistische harmonische Gesellschaft“ unter der Führung der KPC wurde zum geflügelten Wort und Leitmotiv für den Abbau der gesellschaftlichen Spannungen und der Bewahrung sozialer und politischer Stabilität. (Definition: „Eine demokratische Gesellschaft auf der Basis von Recht und Gesetz, Gleichheit und Gerechtigkeit; eine ehrliche und fürsorgliche, stabile, vitale und gesittete Gesellschaft, in der die Menschen in Harmonie mit der Natur leben“). Betont wird, dass nicht nur sozialer Interessenausgleich, sondern auch eine Wertegemeinschaft gemeint ist. Mit dem Begriff der Harmonie knüpft die KPC bewusst an Konfuzius als ethisches Vorbild an, für den moralische Integrität des Einzelnen, aber auch der Respekt gegenüber Autoritäten und hierarchischen Strukturen zu gesellschaftlicher Stabilität führen.

Während des 5. Plenums des ZK der KPC im Oktober 2005 wurde dann das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ zum obersten Leitprinzip für die Formulierung des 11. Fünf-Jahresplans erhoben. Das Konzept beinhaltet die Abkehr von einer rein quantitativen Wachstumsstrategie mit all ihren negativen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen, die durch eine umfassende, koordi-

nierte und nachhaltige Entwicklung ersetzt werden soll. Neben dem Aspekt der Nachhaltigkeit wird die Wissenschaftlichkeit hervorgehoben, in Abgrenzung von der ideologisch betriebenen „Kulturrevolution“, die das Land an den Rand des Chaos geführt hatte. Offen wurden 22 Problemfelder benannt, die auf Expertengutachten des ZK der KPC, des Staatsrates und der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform beruhen. Dazu zählten u.a. Armut und Rückständigkeit auf dem Lande, die regionalen Entwicklungsdisparitäten, die wachsende Ungleichverteilung der Einkommen, demographische Entwicklung, Arbeitslosigkeit und soziale Sicherungsprobleme sowie die ökologischen Probleme.

Eine dritter im Vorfeld des 17. Parteitags lancierter Leitgedanke der KPC ist die Forcierung eigenständiger Innovation. Nur als Anbieter von Waren und Dienstleistungen in allen wichtigen Segmenten der Wertschöpfungskette, vor allem im höheren und hochtechnologischen Bereich, wird China ein in der Weltwirtschaft voll integriertes tragfähiges Wirtschaftswachstum sichern können. Darüber hinaus wurde schließlich auch die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und die Hebung des bäuerlichen Lebensstandards unter dem Motto „Aufbau neuer sozialistischer Dörfer“ als Zielsetzung bekannt gegeben.

Vor dem Parteitag gab es innerhalb der Partei hitzige Debatten über die durch wachsende Einkommensunterschiede und Korruption hervorgerufenen Probleme. Eine Gruppe von 170 bekannten Parteiveteranen der „Linken“ bezeichnete China verachtungsvoll als kapitalistisch und führte die negativen Begleiterscheinungen wie grassierende Korruption, enorme Einkommensunterschiede, Ausbeutung der Arbeitnehmer/innen und Zerstörung der Natur auf die kapitalistischen Verhältnisse zurück. Sie forderten öffentlich die Rücknahme der Entscheidung, Unternehmern die Parteimitgliedschaft zu ermöglichen. In Internetforen wurden demokratische Zukunftsmodelle für die Volksrepublik diskutiert und Reformen gefordert. Renommierte Parteiveteranen äußerten mit direktem Verweis auf den in Skandinavien praktizierten demokratischen Sozialismus, dass nur eine „konstitutionelle Regierungsform mit demokratischen Rechten“ China eine politische Perspektive biete.

### **Der Rechenschaftsbericht Hu Jintaos**

Hu Jintaos Rechenschaftsbericht an den Parteitag trug den Titel: „Das große Banner des Sozialismus chinesischer Prägung hochhalten und für einen Sieg beim umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand kämpfen“. In den vergangenen fünf Jahren seien große Fortschritte bei der Reform und Öffnung des Landes und beim umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand erzielt worden. Das Leben der Bevölkerung habe sich erheblich verbessert: immer mehr Menschen würden in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, der Aufbau des Sozialsystems komme voran und die grundlegende medizinische Versorgung sei kontinuierlich verbessert worden. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum lag durchschnittlich bei 10,4%. Die wirtschaftlichen und Lebensbedingungen auf dem Lande seien verbessert worden, nicht nur durch Entwicklung der Infrastruktur, sondern besonders durch die Abschaffung der Agrarsteuern und die Einführung kostenlosen Schulbesuchs auf dem Lande. Nach der Auflistung der Erfolge gestand Hu Jintao jedoch offen ein, dass es zwischen der Arbeit der Partei und den Erwartungen der Menschen noch erhebliche Differenzen gäbe.

### **Fokus auf soziale Aspekte**

Deshalb wurde vom Präsidenten die dringliche Förderung des „Volkswohls“ in den Mittelpunkt gerückt. Die sozialen Dienstleistungen müssten ausgeweitet und die Gesellschaft insgesamt gerechter gestaltet werden. Vor allem müsse die Bildung verbessert werden, um China zu einem Land mit starkem Humankapital zu machen. Gleiche Bildungschancen seien die Basis für eine gerechte Gesellschaft. Dafür müsse nicht zuletzt Kindern von Wanderarbeitern die gleichen Möglichkeiten zum Schulbesuch in den Städten gegeben und die Qualität der Lehrkräfte auf dem Lande verbessert werden.

Ebenso hat sich die Partei das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2020 ein flächendeckendes, die Grundversorgung sicherndes Sozialsystem für alle Menschen, insbesondere in den ländlichen Gebieten, aufzubauen. So hat die zunehmende öffentliche Kritik an den hohen Gesundheitsausgaben und eine Reihe von Krankenhausskandalen das Gesundheitsministerium unter starken Handlungsdruck gesetzt.

Insbesondere bei der Landbevölkerung besteht großer Handlungsbedarf. So wird zwar seit 2003 ein genossenschaftliches System zur Deckung der grundlegenden Krankenversicherung aufgebaut, von dem offiziell bereits 82% der ländlichen Bevölkerung profitieren soll; laut dem letzten nationalen Gesundheitsbericht von 2003 erfuhren 73% der Kranken auf dem Land keine medizinische Behandlung.

Darüber hinaus müssten – so Hu Jintao im Rechenschaftsbericht – die Reformen für eine gerechtere Einkommensverteilung vorangetrieben werden und die Löhne der städtischen und ländlichen Bevölkerung steigen (angesichts drastisch gestiegener Lebensmittelpreise und einer Inflationsrate über 6% sehr angezeigt). Wohl mit direktem Blick auch auf Unternehmen und Gewerkschaften forderte Hu Jintao auf Betriebsebene Arbeitsbeziehungen, die in der Lage sein müssten, regelmäßig steigende Löhne der Beschäftigten zu sichern. Um das Einkommensgefälle zu mindern, sollen Transferzahlungen intensiviert werden und die Steuergesetzgebung in Zukunft stärker zu einer Umverteilung von oben nach unten beitragen. Gleichzeitig müsse ein System geschaffen werden, um armen Familien ohne Beschäftigung helfen zu können. Die Armut solle vollkommen beseitigt werden. Derzeit leben nach offiziellen Angaben (bei Zugrundelegung einer Armutsgrenze von 92 US-\$ jährlich) „nur noch“ 20 bis 30 Mio. Chinesen/innen in Armut. Es wird jedoch über eine Anhebung der Armutsgrenze nach internationalen Kriterien diskutiert. Würde man nämlich die Armutsgrenze der UN von 1 US-\$/Tag ansetzen, käme man auf mindestens 200 Mio. unter der Armutsgrenze lebender Menschen. Dennoch sollte bedacht werden, dass China seit 1978 über 250 Mio. Menschen aus der absoluten Armut befreit hat.

Der stellvertretende Minister der staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform, Zhu Zhixin, erklärte hierzu auf einer Pressekonferenz am Rande des Parteitags, dass die steigende Einkommenskluft, gerade im Vergleich von städtischen und ländlichen Einkommen, auf Dauer die Entwicklung der Produktivität behindern und der gesellschaftlichen Stabilität schaden würde. Der Gini-Koeffizient, das statistische Maß für die Ungleichverteilung, wird von chinesischen Sozialwissenschaftlern mit 0,496 beziffert (vergleichbar mit Russland;

Deutschland: 0,28). Auch wenn die ländlichen Einkommen jährlich zweistellig wachsen, verdienen die Menschen in den Städten mindestens das Dreifache. Die Folge ist eine grassierende Landflucht, die nicht zuletzt in schätzungsweise 200 Mio. Wanderarbeitern ihren Ausdruck findet.

### **Stärkung der Innovationskraft**

Im Zusammenhang mit der Hebung der Einkommen bekräftigte Hu Jintao, dass Chinas Wirtschaftswachstum in Zukunft weniger durch den Export und stärker durch den Binnenkonsum getragen werden muss. Dafür solle die eigenständige Innovationskraft und insgesamt die Qualität (ein indirekter Hinweis auf den gegenwärtigen Warenqualitätskonflikt mit den USA und der EU) und die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Dafür sollen schwächere Regionen wie das alte Industriegebiet im Nordosten neu belebt werden und die Sonderwirtschaftszonen wie etwa Pudong in Shanghai, vor allem aber auch das neue Sonderwirtschaftsgebiet Binhai in Tianjin zu Innovation und Wachstum beitragen. Darüber hinaus soll die Ausweitung des modernen Dienstleistungssektors zu Ungunsten des Sekundärbereichs einen wichtigen Beitrag zu einem Umwelt und Ressourcen schonenden Wachstum leisten. Begleitet werden müsse dies mit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzsektors.

### **Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Umwelt**

Im Hinblick auf die graduelle Umorientierung des Wachstums auf ökologische Nachhaltigkeit wiederholte Hu Jintao in seinem Bericht die bereits bekannten Zielsetzungen. So soll bis zum Jahr 2020 das BIP pro Kopf vom Jahr 2000 vervierfacht werden, allerdings unter der Prämisse reduzierten Ressourcenverbrauchs und größerer Anstrengungen beim Umweltschutz. Die chinesische Wirtschaft müsse zunehmend umweltfreundliche, Energie und Ressourcen sparende Produktionsmethoden erarbeiten. Bis 2010 sollen bei jährlich 4% insgesamt 20% weniger Energieverbrauch pro Einheit des BIP realisiert werden. In 2006 konnten jedoch nur 1,23% des Energiekonsums eingespart werden. Vor einigen Monaten musste Chinas Umweltbehörde sogar offen eingestehen, dass die hohe Umweltverschmutzung zunehmend Unruhen und Massenproteste auslöst. Getragen werden diese

Demonstrationen durch die Angst der Menschen um ihre Gesundheit. Laut einer Studie der Weltbank sterben in China jedes Jahr 460.000 Menschen vorzeitig an den Folgen verseuchter Luft und verschmutzten Trinkwassers. Die jedes Jahr durch Umweltschäden verursachten Kosten betragen nach Schätzungen der Umweltbehörde 3-4% des BIP. Externe Beobachter beziffern diese Kosten sogar auf über 10%. Die Umweltverschmutzung konterkariert damit zunehmend das hohe Wirtschaftswachstum. Hu Jintao kündigte die Implementierung verpflichtender Maßnahmen zum Energiesparen und zur Reduzierung von Abgasen an. Das Projekt, ein grünes BIP zu errechnen, scheiterte unterdessen am Widerstand lokaler Machthaber.

### **Demokratie als „geordnete Partizipation“**

Die chinesischen Medien wurden nicht müde zu betonen, dass Hu Jintao den Begriff Demokratie 60 Mal in seinem Rechenschaftsbericht erwähnt habe. Er hob darauf ab, die „sozialistische Demokratie“ auszuweiten und bekräftigte zugleich, dass China keine westlichen Demokratiemodelle kopieren, sondern sein eigenes politisches System weiterentwickeln werde. Die Schlagwörter lauten „Volksdemokratie ist das Leben des Sozialismus“ und das „Volk ist der Herr des Staates“. Jeder chinesische Bürger solle ausnahmslos gleich vor dem Gesetz sein. Um demokratische Entscheidungsfindung zu gewährleisten, solle die politische Beteiligung der Bürger auf allen Ebenen ausgebaut und die Transparenz der Entscheidungsprozesse erhöht werden. Die Zahl der Nichtparteimitglieder in wichtigen politischen Entscheidungsfunktionen solle steigen. In diesem Zusammenhang wurde von den chinesischen Medien immer wieder auf Wissenschaftsminister Wan Gang, Vize-Vorsitzender der China Zhi Gong Partei, und Gesundheitsminister Chen Zhu (parteilos) verwiesen. Die Zusammenarbeit mit den acht anderen, in einer Volksfront unter der Führung der KPC zusammengefassten demokratischen Parteien, solle verstärkt werden. Dies wurde in einem kurz nach dem Parteitag veröffentlichten „White paper über das politische Parteiensystem in China“ erneut bestätigt.

Besonders betonte Hu Jintao jedoch die Förderung parteiinterner Demokratie an der Basis in Verbindung mit mehr direkten Wahlen auf unterster Ortsebene. Über Dorfwahlen und

insgesamt mehr Partizipationsmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten soll nicht zuletzt der Druck auf die Lokalregierungen erhöht werden, der Korruption entgegenzuwirken. Darüber hinaus sollen städtische und ländliche Gebiete dieselbe Zahl an Abgeordneten zur Wahl der Delegierten für die Volkskongresse stellen. Weiterhin werde die KPC hart gegen Verstöße der Parteidisziplin vorgehen und die Überwachungsinstrumente für die Kader verstärken. Laut der Obersten Volksstaatsanwaltschaft sind im Zeitraum von 2003 bis 2006 über 67.000 Staatsbedienstete für Korruption und Bestechung bestraft worden. Besonderes Aufsehen hatte der Fall des ehemaligen Parteisekretärs in Shanghai, Chen Liangyu, erregt, der Gelder der lokalen Sozialversicherung für riskante Investitionsgeschäfte veruntreut hatte. Parteiveteranen kritisierten, dass die Macht der KPC zu groß und zu konzentriert sei, so dass es keine „checks and balances“ durch zivile Kräfte gebe. Das sei auch der Grund, warum so viele korrupte Funktionäre das Gesetz zu ihren Zwecken auslegen würden. Mit dieser Meinung stehen diese Veteranen in China bei weitem nicht allein.

### **Ausblick**

Die politische Führung unter Generalsekretär Hu Jintao hat während des 17. Parteitags Kontinuität beim Aufbau der Wirtschaftskraft des Landes auf Grundlage des wissenschaftlichen Entwicklungskonzeptes angekündigt. Gleichzeitig wurde der chinesischen Bevölkerung eine größere Umverteilung der erwirtschafteten Erträge im Sinne des Aufbaus einer harmonischen Gesellschaft in Aussicht gestellt. Nicht zuletzt zeigt sich dieser neue gesellschaftliche Gerechtigkeitsanspruch daran, dass allen Chinesen ein flächendeckendes Krankenversicherungssystem und eine Vervielfachung des Pro-Kopf-Einkommens versprochen wurde. Hu Jintao bekräftigte, dass die beiden von der vierten Führungsgeneration erarbeiteten Konzepte in einem inneren Zu-

sammenhang zueinander stehen. Ohne wissenschaftliche Entwicklung wird es keine gesellschaftliche Harmonie geben und ohne gesellschaftliche Harmonie wäre die wissenschaftliche Entwicklung wiederum schwer realisierbar.

Die von der chinesischen Führung angekündigte Harmonisierung der Gesellschaft spiegelt somit eine Reaktion auf die drückenden gesellschaftlichen Probleme wider: ein stabilitäts- gefährdendes Auseinanderklaffen der Einkommen, die Disparitäten zwischen Stadt- und Landbevölkerung, Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung, tragische Industriekatastrophen und damit verbundene Umweltschäden sowie nicht zuletzt eine sich ausbreitende Korruption. Zwar kann man den zentralstaatlichen Organen in der vergangenen Dekade keine Untätigkeit in der Gesetzgebung vorwerfen, jedoch sind die Wirtschaftsreformen in China offensichtlich nicht synchron mit dem Aufbau eines Rechtsstaates verlaufen. Vor allem sind die Defizite beim Aufbau eines funktionierenden Rechtssystem in der mangelnden Umsetzung der Gesetze durch die lokalen Parteifunktionäre begründet. Ganz im Sinne des chinesischen Sprichwortes „Die Berge sind hoch und der Kaiser ist weit“ suchen diese nicht selten ihre im Zuge der Dezentralisierung erhaltene Autonomie für ihre lokalen wirtschaftlichen Interessen auf Kosten der langfristigen Stabilität des Landes zu schützen. Die neue chinesische Führung muss sich nun also der schwierigen Aufgabe stellen, die enormen Disparitäten innerhalb der Gesellschaft genauso wie zwischen verschiedenen Interessengruppen in der Partei auszubalancieren, und sich gleichzeitig durch ihr persönliches Eintreten für das Erreichen dieser Zielsetzungen an der Realisierung ihrer konkreten Versprechungen von der chinesischen Bevölkerung messen lassen.

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: [Beate.Bartoldus@fes.de](mailto:Beate.Bartoldus@fes.de) (verantwortlich)

Ulrike Ehnes, Tel.: 0228-883-508, E-Mail: [Ulrike.Ehnes@fes.de](mailto:Ulrike.Ehnes@fes.de)

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: [www.fes.de/asien](http://www.fes.de/asien).